

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13608

Anzeigen kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 80 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Anzeigen für die 130ige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Beschlüsse der Konferenz der Wiener.

Schwere Verluste der Russen bei ihren Angriffen auf die deutsche Front. — Beunruhigung in Amerika über die Versenkung der Suseg. — Tagung des Reichstags-Hauptausschusses.

Jahrestage des Weltkriegs.

29. März 1916. Tauroggen im Sturm genommen; bei Krasnopol 1000 Russen gefangen.
Die englischen Dampfer Falaba und Aguilas versenkt.

Die neuesten Meldungen.

Zum Luftangriff auf Saloniki.

Lugano, 29. März. Aus Saloniki wird gemeldet: Ein deutsches Flugzeuggeschwader beschloß eine Stunde lang die Stadt und die Ententelager von Saloniki. Ansehlich sei wenig Schaden angerichtet worden. Eine Anzahl Zivilpersonen seien dem Bombardement zum Opfer gefallen.

Amsterdam, 29. März. Der Luftangriff auf Saloniki richtete nach Londoner Meldungen erheblichen Schaden an. Eine Bombe fiel auf die große Kaserne, eine andere auf die Präsektur.

Zur Versenkung der Suseg.

Zürich, 29. März. Bei dem Untergang der Suseg hat auch der Kurier der schweizerischen Gesandtschaft in London den Tod gefunden.

Amsterdam, 28. März. Ein hiesiges Blatt meldet aus London, daß nach einem Bericht der Times aus Newyork dort allgemein zugegeben werde, daß das amerikanische Publikum jetzt weniger auf energisches Vorgehen der Regierung bestehe, da es sich herausgestellt hat, daß die Amerikaner an Bord der Suseg alle mit dem Leben davon gekommen sind. Der Präsident würde infolge dessen, wenn er im Senat auf Abbruch der Beziehungen zu Deutschland dringen würde, nicht auf die erwartete Unterstützung rechnen können.

Ein holländisches Rettungsschiff ständig in der Nordsee.

Haag, 28. März. Die Regierungen von Deutschland, England und Frankreich sind davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die niederländische Regierung das Rettungsschiff Atlas in der Nordsee stationiert hat.

Russischer Vormarsch nach Bagdad.

Haag, 28. März. (D. Z.) Die Agentur Central News teilt mit, ein russischer Diplomat in Rom habe erklärt, daß die geplante Besetzung von Bagdad durch die Russen vor den Engländern nur militärische Bedeutung haben werde, da zwischen England und Rußland bereits eine Übereinkunft über die zukünftige Verwaltung der asiatischen Türkei bestehe. Rußlands Wünsche gingen nicht nach Mesopotamien. Der Marsch nach Bagdad solle nur die Aufgabe der britischen Heere erleichtern.

Die Regierung gegen Streikende.

London, 28. März. Im Unterhause berichtete Addison als Vertreter des Munitionswirtschafts, daß einige vereinzelte Streiks im Clydeside, welche kürzlich stattgefunden hätten und durch eine Körperschaft, die sich Clydesidearbeiterausschuss nannte, gefördert worden seien. Diese Ausstände ständen nicht im Zusammenhang mit den industriellen Fragen und seien durch die Trade Unions gerügt worden. Das Munitionswirtschaftsministerium habe die Behörden ersucht, sechs Abteilungsleiter zu verhaften.

Die Arbeiter der Baumwollspinnereien in Manchester und ganz Lancashire verlangten laut Berliner Tageblatt eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. In Dundee streikten 25 000 Zutearbeiter. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 15 Prozent.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 28. März befindet sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Der Kampf um die Parteigenossen.

Von den Vertretungen der Rechten in der Partei wird uns folgender Aufruf zur Veröffentlichung gesandt:

An die Partei!

Was von einem Teil der Parteimitglieder seit Monaten systematisch vorbereitet wurde, ist jetzt unheilvolles Ereignis geworden. 18 Mitglieder der Reichstagsfraktion, die schon durch ihr Sonderverhalten am 21. Dezember die Parteieinheit aufs schwerste gefährdeten, haben am letzten Freitag durch ein erneutes, noch weit mehr parteischädigendes Vorgehen die Fraktionsgemeinschaft vernichtet.

Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zersplitterungsarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen. Wir haben auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus solch unverantwortlichem Vorgehen unsehbar für die ganze deutsche Arbeiterklasse entstehen müssen. Alle Warnungen und Bannungen wurden in den Wind geschlagen. Hartnäckig und jedem parteigenösslichem Ratsschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen. Sie haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die solange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zersplitterstreben zieht aber mit Notwendigkeit weitere und noch schlimmere Folgen nach sich: Recht ist die Fraktion gesprengt worden, und schon ist man dabei, wie es Einige mit dreister Offenheit ankündigt, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzusprengen. Wenn jetzt nicht die Parteigenossen in unerschütterlicher Treue zur Partei stehen, so wird die Gefahr einer vollständigen Zerrüttung unserer großen Partei heraufbeschworen werden.

Unter denkbar schroffsten Provokationen haben die Axtzahn den Bruch mit der Fraktion vollzogen. Als Disziplinbruch nicht nur, als Treubruch ist dieses Vorgehen bereits von der Fraktion gekennzeichnet. Und mit Recht! Niemand konnte erwarten, daß das Staatsnotgesetz zum Anlaß der neuen Sonderaktion benutzt werden sollte. Das Notgesetz bedeutet lediglich eine Ermächtigung für die Fortführung der Reichsgeschäfte im Rahmen des bisherigen Staats, weil der ordentliche Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte. Die Fraktion hat sich ihre Stellung zum Hauptetat 1916/17 ausdrücklich vorbehalten. Solche Notgesetze sind in früheren Jahren stets erledigt worden, ohne daß unsere Fraktion dabei eine politische Debatte für angebracht hielt. Es war stets ein für die Politik unserer Partei unwesentlicher Vorgang. Niemand von den Axtzahn hat in der Fraktionsstimmung, in der über das Staatsnotgesetz diskutiert wurde, auch nur mit einem Wort angedeutet, daß sie sich dem Beschluß nicht fügen und eine Sonderaktion im Reichstag unternehmen würden. Ja, sie hatten sogar schon am Tage vorher die Sonderaktion verabredet und ausdrücklich beschlossen, diese Absicht der Fraktion zu verheimlichen. Dieses empörende Verfahren hat die erregten Vorgänge im Reichstag heraufbeschworen.

Es ist wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß die Mehrheit der Fraktion im Widerspruch zu der früher geübten Praxis, das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, abgelehnt, und so die Minderheit verzwangelt habe. Das ist eine durchaus wahrheitswidrige Darstellung. Die Parteigenossen konnten aus den Reichstagsberichten entnehmen, daß, wie früher, so auch in der Kriegszeit, stets Fraktionsmitglieder der verschiedenen parteitaktischen Aufschümmen als Redner bestellt worden sind. Seit Kriegsbeginn haben 22 Redner der Minderheit und 30 Redner der Mehrheit im Reichstag gesprochen. Noch am Tage vorher hatte ein Redner der Minderheit zur Steuerdebatte im Auftrage der Fraktion das Wort erhalten. Das Verlangen der Minderheit war aber ein anderes. Sie forderten für sich das Recht, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Etwas derartiges ist selbstverständlich niemals Praxis in unseren parlamentarischen Körperschaften gewesen. Nie ist es gestattet gewesen, daß ein Redner unserer Partei für ein Ge-
der andere gegen dasselbe sprechen konnte. Stets hat sich die Minderheit den Beschlüssen der Fraktion untergeordnet.

Ein nicht minder schwerer Verstoß gegen die Wahrheit liegt in der Behauptung, die achtzehn Mitglieder seien zur Gründung der neuen Fraktion veranlaßt worden, weil sich innerhalb der Mehrheit eine Abkehr von dem bisherigen sozialdemokratischen Standpunkt vollzogen habe. Wir weisen es von neuem aufs entschiedenste zurück, wenn man die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit als eine Abkehr von den sozialdemokratischen Grundfögen auszugeben versucht. Die Fraktion hat so gehandelt, wie sie auf Grund der stets von der Partei zur Landesverteidigung eingenommenen Stellung zu handeln verpflichtet war. Sie befand sich dabei auch in Uebereinstimmung mit zahlreichen Erklärungen der berühmtesten Wortführer des Sozialismus, von Marx und Engels bis Wilhelm Piecknecht und Hebel. Es ist verwerflich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten derart zur Verfehlung der Parteigenossen auszunützen, daß der eine Teil der Partei den anderen des Verrats an den sozialdemokratischen Grundfögen beschuldigt.

Die Gründer der neuen Fraktion machen den Versuch, ihr Unternehmen den Parteigenossen in möglichst harmloser Beleuchtung vorzuführen. Es sei, sagen sie, nur die Konsequenz ihres Vorgehens am 21. Dezember; es sei ein unschädlicher Vorgang, der nicht zur Parteispaltung führen werde. Es ist jedoch eine innere Unmöglichkeit, daß eine einheitlich organisierte Partei in einem Parlament zwei Fraktionen haben kann. Die beiden Fraktionen werden nicht miteinander im Dienste der Arbeiter wirken können, und das selbständige Auftreten der neuen „Arbeitsgemeinschaft“ wird fortgesetzt zu Streitigkeiten Anlaß geben. Wer wird glauben, daß die Spaltung der Fraktion ohne verhängnisvolle Rückwirkungen auf die Parteioorganisation im Lande bleiben kann? Nicht nur droht die Gefahr, daß der Zank um die Fraktionspaltung überallhin verwirrt und das Parteileben verpestend sich ausbreiten wird. Es werden sich einzelne Parteigenossen und Gruppen finden, die durch das Vorbild der neuen Fraktion verlockt, die Frage stellen: Was den Reichstagsabgeordneten recht ist, sollte es uns nicht billig sein? Sollen die Genossen und Genossinnen im Lande es auch fernherin als ihre Pflicht erachten, die Einheit der Organisation und die Einfügung in die von ihren Organisationen gefassten Beschlüsse hochzuhalten, während Abgeordnete, Genossen in höchsten Ehrenämtern der Partei, diese Pflicht mit Füßen treten dürften? Sollen es Parteigenossen erster und Parteigenossen zweiter Klasse geben? Jeder Parteigenosse, der nur ein wenig im Parteileben mitgearbeitet hat, erkennt ohne weiteres, daß jene Separatisten unser ganzes Parteileben auf Spiel setzen. Die Gefahr, von der die deutsche Sozialdemokratie bedroht wird, ist überaus groß!

Und was soll nach der Meinung der Axtzahn Sinn und Zweck der lärmenden Aktionen sein? Es soll durch Ablehnung der Kriegsmittel und oppositionelle Kundgebungen auf die deutsche Regierung ein Druck ausgeübt werden, damit das Ende des Krieges bald herbeigeführt werde. Das ist aber eine gänzlich verfehlte Vorstellung. Die Regierungen des Bierverbandes, die bisher jede Vereinskraft zu Friedensverhandlungen von sich gewiesen haben, sehen ihre Hoffnung auf eine lange Dauer des Krieges. Sie stellen dabei in Rechnung nicht nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch das Aufklammen innerer Zwietracht im deutschen Volke. Und die sozialistische Fraktion in Frankreich wie die Arbeiterpartei in England teilen diese Auffassung und haben die Politik ihrer Regierungen, denen sie selbst angehören, in jeder Weise unterstützt. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit mehr als Jahresfrist für die Beendigung des grausigen Unterganges sich andauernd bemüht. Sie hat alles, was in ihrer Macht stand, getan, um die internationalen Verbindungen mit den sozialistischen Parteien wieder herzustellen und eine in allen Ländern gleichzeitige und gleichmäßige Bewegung für den Frieden herbeizuführen. Aber alle Bemühungen sind gescheitert. Die Vertretungen der englischen und